



Anfrage	Datum	Nummer
Öffentlich	8. Sept. 09	1039/09
Absender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Rathaus, 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Rathaus, 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 22. Sept. 09	
Betreff Kürzungsanweisung für den Jugend- und Sozialbereich wegen der Tarifierhöhungen für städtische ErzieherInnen und SozialpädagogInnen		

Am 28. Juli 2009 wertete Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann in einer Pressemitteilung (Nr. 561/2009) die Tarifeinigung für Erzieherinnen/Erzieher und Sozialpädagoginnen/ Sozialpädagogen als eine „Erhöhung zur Unzeit“, die den geplanten drastischen Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige gefährde. Städtische Deckungsmaßnahmen wie Steuer-erhöhungen, neue Schulden oder Erhöhungen der Kita-Gebühren sieden aus bzw. seien nicht die richtige Antwort.

Mittlerweile ist bekannt, dass die durch die Tarifeinigung verursachten Mehrkosten – die in der genannten Pressemitteilung mit ca. 800.000 € beziffert werden – jeweils zur Hälfte durch Einsparungen in den beiden Fachbereichen Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales und Gesundheit gegenfinanziert werden sollen. So lautete zumindest die Antwort des Oberbürgermeisters auf eine mündliche Nachfrage unserer Fraktion im Verwaltungsausschuss (VA) am 25. August 2009.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Ist die Einsparvorgabe des Oberbürgermeisters für die Fachbereiche Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales und Gesundheit nach wie vor in Kraft?
2. Wenn ja: Wie soll die Einsparvorgabe des Oberbürgermeisters in diesen beiden Fachbereichen erreicht werden und welche Leistungseinschränkungen wird es dadurch voraussichtlich geben?
3. Wieso gilt diese Einsparvorgabe nur für die beiden genannten Fachbereiche, anstatt auch hier das Gesamtdeckungsprinzip des städtischen Haushaltes nach § 17 der Gemeindehaushalts- und –kassenverordnung (GemHKVO) anzuwenden?

Gez. Holger Herlitschke

2

(Fraktionsvorsitzender)